

Änderungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1995

– Drucksachen 13/50 Anlage, 13/414, 13/506, 13/527, 13/528, 13/966, 13/529 –

hier: Einzelplan 06

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

Das Studienzentrum Weikersheim e.V. erhält keine Mittel mehr aus dem Bundeshaushalt.

Bonn, den 21. März 1995

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Das Studienzentrum Weikersheim hat auf seinen Kongressen in den letzten Jahren bekannte Rechtsextremisten als Referenten eingeladen.

Auf dem Kongreß des Studienzentrums Weikersheim vom 15./16. Mai 1993 „Von der Parteienverdrossenheit zur Staatskrise“ konnte der Ideologe der Neuen Rechten, Karl-Heinz Weißmann, einen Arbeitskreis leiten. In diesem Arbeitskreis wurde, wie Zeugen berichten, über die „Auschwitz-Lüge philosophiert“.

Auf der 16. Tagung des Studienzentrums Weikersheim, vom 7./8. Mai 1994, wurde u. a. der englische Rechtsextremist Michael Walker von der Zeitung „The Scorpion“ im „Jugendforum“ des Kongresses als Referent geladen. Für die weitere Indoktrinierung der Jugendlichen des Jugendforums sorgte auch der Redakteur der neurechten Zeitung „Junge Freiheit“, Hans-Ulrich Kopp, der dem „Jungen Weikersheim“ angehört. Bezuschußt wurde diese Tagung u. a. durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Höhe von 32 700 DM.

Das Studienzentrum Weikersheim hatte in der Vergangenheit weitere Rechtsextremisten als Referenten geladen, so beispielsweise

- Wolfgang Strauß (Redaktionsmitglied von „Nation und Europa“)
- Theodor Schmidt-Kaler (Unterzeichner des Heidelberger Manifestes)
- Dr. Alfred Schickel (von der geschichtsrevisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ und ehemaliges Redaktionsmitglied der rechtsextremen Zeitungen „Junge Freiheit“ und „Europa vorn“)
- Hans-Dietrich Sander (Herausgeber der rechtsextremen „Staatsbriefe“).

Daß die Kongresse des Studienzentrums Weikersheim zur Plattform für Rechtsextremisten werden können, liegt nicht nur im Selbstverständnis dieser Denkfabrik begründet, sondern dafür bürgt beispielsweise auch der Geschäftsführer dieser Einrichtung, Albrecht Jebens. Von ihm erschienen u. a. Artikel in den rechtsextremen Zeitungen „Staatsbriefe“ und „Junges Forum“.

Das Studienzentrum Weikersheim hat in dem Zeitraum von 1988 bis 1993 ca. 400 000 DM aus Bundesmitteln erhalten (80 000 DM von der Bundeszentrale für politische Bildung, 125 000 DM vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 188 000 DM vom Bundespreseamt). 1994 erhielt das Studienzentrum weitere 60 000 DM aus Mitteln des Bundeshaushaltes.

Aufgrund dieser Vorkommnisse hat der Geschäftsführer der baden-württembergischen Landtagsfraktion der SPD den Antrag gestellt, dem Studienzentrum die Landesmittel zu streichen. Auch für den Deutschen Bundestag sollte gelten: Solange das Studienzentrum Weikersheim weiterhin als Tribüne für Rechtsextreme dient, erhält es keine Gelder aus dem Bundeshaushalt.